

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

**Grundrechte der Tibeterinnen und Tibeter schützen, auch in der
Schweiz!**

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Ammann, Amando

Bevorzugte Zitierweise

Ammann, Amando 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Grundrechte der Tibeterinnen und Tibeter schützen, auch in der Schweiz!*, 2019. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 18.04.2025.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	1
Aussenpolitik	1
Zwischenstaatliche Beziehungen	1

Abkürzungsverzeichnis

APK-SR Aussenpolitische Kommission des Ständerates
GFBV Gesellschaft für bedrohte Völker

CPE-CE Commission de politique extérieure du Conseil des Etats
SPLPM Société pour les peuples menacés

Allgemeine Chronik

Aussenpolitik

Zwischenstaatliche Beziehungen

PETITION / EINGABE / BESCHWERDE
DATUM: 31.01.2019
AMANDO AMMANN

Die APK-SR beriet im Januar 2019 über die Petition «**Grundrechte der Tibeterinnen und Tibeter schützen – auch in der Schweiz**» der GfbV, welche diese im September 2018 mit 11'330 Unterschriften eingereicht hatte. Die GfbV forderte von den Bundesbehörden, sich international für die Menschenrechte in Tibet einzusetzen; den Dalai Lama beim nächsten Besuch in der Schweiz offiziell zu empfangen; Meinungsäusserungsfreiheit zur Situation in Tibet uneingeschränkt zu gewährleisten; eine alternative Herkunftsbezeichnung für «China» in Ausweisen anzubieten; schutzbedürftigen tibetischen Staatsangehörigen einen Reisepass auszustellen; konkrete Massnahmen zum Schutz vor Überwachung und für die Einhaltung der Privatsphäre von Tibeterinnen und Tibetern in der Schweiz zu treffen und bei Bedarf bei den chinesischen Behörden zu intervenieren. Die Kommission zeigte Verständnis für das Anliegen, merkte aber an, dass die Schweiz einen regelmässigen Menschenrechtsdialog mit China führe und zudem eine «Ein-China-Politik» verfolge. Ein Folgegeben würde demnach die Beziehungen zwischen der Schweiz und China infrage stellen, weshalb sie einstimmig beantragte, der Petition keine Folge zu geben.¹

1) Bericht APK-SR vom 31.1.19